

28

83

Union in Deutschland

Bonn, den 15. September 1983

Sofortprogramm Umweltschutz

Der Umweltschutz ist nach der Sicherung des Friedens die wichtigste politische Aufgabe der Menschheit in den nächsten Jahren, stellte Bundesinnenminister Zimmermann in der Regierungserklärung zum Thema „Unsere Verantwortung für die Umwelt“ im Deutschen Bundestag fest. Die Unionsparteien haben die sogenannten progressiven Kräfte, und sie haben Umweltschutz seit langem betrieben; das gilt besonders für die unionsregierten Länder.

Die Regierung Kohl hat bereits gehandelt. Sie ist da vorangekommen, wo die frühere Regierung schon lange bewegungsunfähig war oder auf der Stelle trat. In der Bundestagsdebatte dieser Woche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der FDP einen Antrag verabschiedet, der jetzt in den Ausschüssen eingehend beraten wird und in seinen Kernpunkten lautet:

Die zunehmend erkennbaren Schäden an unseren Wäldern, an Kunst- und Bauwerken, die Verluste an wildlebenden Pflanzen- und Tierarten sowie die Gefährdung unserer Gesundheit durch verunreinigte Luft, Gewässer und Böden, zwingen zu schnellem Handeln. Umweltschutz ist nicht nur ethisches Gebot, er ist auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ AUSBILDUNG

Helmut Kohl im Deutschen Bundestag: Bisherige Aktionen erfolgreich — weitere Anstrengungen notwendig Seite 5

■ INFORMATION

Das Offenburger Nein der SPD ist ein Schritt aus dem Bündnis

Helmut Kohl lobt die IG Bergbau für besonnenes Verhalten

Zum ersten Mal CDU-Oberbürgermeister in Heilbronn Seite 9

■ ABRÜSTUNG

Erfolg oder Zwischenlösung in Genf hängen von der Sowjetunion ab Seite 11

■ CDU-FRAUEN

Für aktivere Familienpolitik und mehr Gleichberechtigung Seite 13

■ WEHRDIENST

Heiner Geißler: Steigerung der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung im Sommer ist ein Ausnahmefall Seite 15

■ DOKUMENTATION

Herausforderung und Chancen der neuen Medien grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Rationelle Umweltpolitik muß Prioritäten setzen. Umweltpolitische Maßnahmen sind entsprechend dem Ausmaß der Gefährdungen schwerpunktmäßig in Angriff zu nehmen. Das Vorsorgeprinzip gebietet, Schäden an unserer Umwelt nach Möglichkeit von vornherein zu vermeiden. In Fällen, wie dem Waldsterben, heißt Vorsorge auch schon handeln, wenn abschließend gesicherte Erkenntnisse der Wissenschaft noch nicht vorliegen.

Vorsorge heißt weiter, durch umfassende, besser als bislang aufeinander abgestimmte Forschung, insbesondere über Ursache-Wirkungs-Beziehungen, Gefahren für Gesundheit und Umwelt frühzeitig aufzuspüren. Vorsorge heißt schließlich, neue technische Verfahren zu entwickeln und mit ihrer Einführung in der Wirtschaft dazu beizutragen, heute noch übliche, insbesondere durch Schadstoffeintrag in Wasser, Luft und Boden verursachte Umweltbelastungen deutlich zu verringern.

Umweltpolitik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft verlangt soviel Gestaltung über den Preis wie möglich und so wenig bürokratische Lenkung wie unbedingt nötig. Grundlage einer ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft muß das Verursacherprinzip sein und bleiben: Wer Umweltbelastungen verursacht, hat die Kosten für die Vermeidung oder Beseitigung zu tragen. Unter Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien auch bei der Umweltvorsorge ist wirksamer und zugleich kostengünstiger Umweltschutz zu verwirklichen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die vielfältigen, von der Bundesregierung mit Unterstützung der meisten Bundesländer bereits eingeleiteten umweltpolitischen Aktivitäten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei ihrer weiteren Umweltschutzpolitik ins-

besondere auf folgenden Gebieten voranzugehen:

Die bisher zum Umweltschutz geschaffenen, vielfältigen Regelungen sind systematisch daraufhin zu überprüfen, wie weit sie sich bewährt oder ob nicht z.B. Überperfektion und Unübersichtlichkeit wirksamen Umweltschutz erschwert haben. Festgestellte Lücken sind zu schließen.

Neben dem Einsatz des bisher vorwiegend durch Ge- und Verbote geprägten Instrumentariums ist das wirtschaftliche Eigeninteresse an der Vermeidung umweltbelastender Produkte und Technik zu mobilisieren und zu stärken.

Die Umweltverträglichkeit von besonders umweltrelevanten Waren ist für die Verbraucher deutlich zu kennzeichnen. Dazu notwendige Tests sind zu entwickeln und durch geeignete Einrichtungen durchzuführen zu lassen.

Die Bundesregierung wird ersucht, bis Mitte 1984 das Gesamtkonzept einer stufenweise drastischen Emissionsverminderung aller vom Menschen in die Atmosphäre, Gewässer oder Boden eingebrachten Stoffe, die die Regenerationsfähigkeit des Naturkreislaufs nachhaltig stören oder zerstören, vorzulegen. Mit Vorrang muß die Verringerung und Beseitigung von Schadstoffausstoß an der Quelle vorangetrieben werden.

Zu wirksamer **Luftreinhaltung**, Voraussetzung zur Erhaltung nicht nur des Waldes, müssen Schadstoffemissionen in die Atmosphäre mit besonderer Dringlichkeit abgebaut werden. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, insbesondere

— die noch laufenden Arbeiten zur Verbesserung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft unverzüglich abzuschließen, damit endlich auch für Anlagen, die nicht von der für Großfeuerungen erlassenen Verordnung erfaßt sind, den

neuen Erkenntnissen entsprechende Emissionsgrenzwerte festgelegt sind:

— bis Anfang 1984 zu prüfen und darüber zu berichten, ob und gegebenenfalls wie Emissionen, insbesondere Schwefeldioxid und Stickoxide aus sogenannten **Altanlagen**, noch **schneller und weitgehender vermindert** werden können, als dies nach den bereits bestehenden Vorgaben zu erwarten ist;

— unverzüglich die zu wirksamerer **Kfz-Abgasentgiftung**, besonders auch zur Verringerung der Stickoxidemissionen aus Vergasermotoren und schädlicher Bestandteile von Dieselabgasen notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und vor allem die Voraussetzungen für die Einführung moderner Techniken wesentlich wirksamerer Abgasreinigung, z. B. durch Katalysatoren, zu schaffen und das hierfür notwendige Angebot von **bleifreiem Treibstoff** bis Ende 1985 sicherzustellen; spätestens Anfang 1984 dem Deutschen Bundestag

— die Entwürfe hierzu evtl. notwendiger oder förderlicher Gesetzesänderungen, z. B. über die Gewährung von insgesamt kostenneutralen **Benutzungsvorteilen** für den Betrieb über den heutigen Stand hinaus abgasentgifteter Kraftfahrzeuge und für die Verwendung umweltfreundlicher Kraftstoffe zuzuleiten;

— notwendige Verordnungen zur Begrenzung der **zulässigen Abgasgrenzwerte** und regelmäßiger wirksamer Überwachung ihrer Einhaltung vorzulegen;

— diese Regelungen zur Grundlage **europäischer Initiativen** zu machen, mit denen die aus Gründen verbesserten Gebotene und Umweltschutzes dringend gebotene und mit allen Kräften zu fördernde befriedigende internationale Lösung des Abgasproblems durchgesetzt wird;

— Vorschläge zur Verringerung von Emissionen aus **Kleinfeuerungsanlagen**

(Einzelhaushalte, Zentralheizungen) vorzulegen;

— im Rahmen ihres Aktionsprogramms **„Rettet den Wald“** Mittel und Wege aufzuzeigen, durch flankierende forstliche Maßnahmen den Schadensverlauf zu verzögern, den Schäden vorbeugend entgegenzuwirken und die Schadensfolge in der Vegetation zu verringern, bis die Maßnahmen zur Emissionsminderung oder weitere, als Ergebnis der laufenden Forschungen als notwendig erkannte Maßnahmen voll wirksam geworden sind.

Zum verbesserten Schutz unseres Wassers ist für alle Gewässer bis 1990 mindestens die Güteklasse 2 anzustreben.

Die Bundesregierung wird ersucht,

— die zur Vermeidung von **Gewässerbelastungen** durch schwer abbaubare und sonstige kritische Stoffe notwendigen Maßnahmen unverzüglich einzuleiten;

— dabei die Möglichkeiten der Erfassung und Verhinderung der Gewässerverschmutzung durch Einleitung kritischer Schadstoffe in die **öffentliche Kanalisation** zu verbessern und

— die Voraussetzungen zu einer in internationalen Vereinbarungen über die **Reinhaltung der Meere** verpflichtend übernommenen wirksamen See-Überwachung einschließlich einer aussagefähigen Kontrolle des biologischen Zustands von Nord- und Ostsee zu verbessern.

Der Boden als unverzichtbare Lebensgrundlage aller Vegetation und auch jedes Land-, Forst- und Gartenhaus ist vor zunehmender Belastung durch Rückstände der heute in fast allen Lebensbereichen anfallenden chemischen Stoffe, insbesondere Schwermetalle, auch durch Emissionen aus Gewerbe- und Industrieanlagen, aus Feuerungsanlagen und Verkehr sowie vor Verlusten durch Ero-

sion und fortschreitende Überbauung stärker zu schützen.

Zu wirksamer Bekämpfung der aus steigender Belastung erwachsenden Gefahren für den **Naturhaushalt** ist die rasche Erarbeitung des von der Bundesregierung in Angriff genommenen Bodenschutzkonzepts notwendig.

Die **Abfallwirtschaft** bedarf der Fortentwicklung zur Verminderung der Abfallmengen und des Gehalts an schädlichen giftigen Substanzen sowie zur Nutzung von verwertbaren Stoffen im zu beseitigenden Abfall.

Die Bundesregierung wird ersucht, auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft

— bei der Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes besonders Gewicht auf Regelungen zu legen, die zur **Verringerung der Abfallmengen** und problematischer Abfallinhaltsstoffe sowie zu verstärkter Verwertung verwertungswürdiger Abfälle beitragen können; dabei ist privatwirtschaftlicher Tätigkeit und Initiative Vorrang vor solcher öffentlicher Körperschaften einzuräumen;

— Anreize für vermehrte **Wieder- oder Weiterverwendung** von Produkten, besonders von Verpackungen bei Massengetränken, z.B. durch Pfandflaschen zu schaffen und die Kennzeichnung der für die Abfallbehandlung und -beseitigung bedeutsamen Wareneigenschaften zu verbessern;

— alles zu unternehmen, um den Auswüchsen **internationaler Sondermülltransporte** wirksam zu begegnen und den Entwurf der hierzu geplanten Ergänzung des Abfallbeseitigungs-Gesetzes unverzüglich vorzulegen.

Zur Bekämpfung der fortschreitenden allgemeinen **Lärmbelastung** und der hierdurch verursachten Gesundheitsgefahren ist wirksame Eindämmung des Lärms, möglichst bereits an der Quelle, notwendig.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, hierzu

— Möglichkeiten verstärkter Reduzierung des **von Verkehrsfahrzeugen erzeugten Lärms** zu erkunden und Regelungen vorzulegen, die die Entwicklung, Einführung und Benutzung lärmarmen Fahrzeuge und Geräte beschleunigt;

— Vorschläge für eine besondere **Kennzeichnung lärmarmen Straßenfahrzeuge** und für die Einräumung spürbarer Vorteile bei ihrer Benutzung, insbesondere für Nutzfahrzeuge und motorisierte Zweiräder auszuarbeiten.

Die Verstärkung des **Naturschutzes** ist unabdingbar, um den Naturhaushalt als Ganzes und vor allem wildlebende Pflanzen- und Tierarten zukünftig besser zu schützen.

Die Bundesregierung wird ersucht

— das geplante **Bioschutzprogramm** voranzutreiben, um den Schutz der Lebensstätten von wildlebenden Pflanzen- und Tierarten als wichtigste Voraussetzung für die Sicherung ihrer Existenz nachhaltig zu verbessern,

— die Belange des **Artenschutzes** in der Umweltpolitik mit Nachdruck zu fördern.

Der Deutsche Bundestag hält privates Engagement zum Schutz der Umwelt für unverzichtbar. Geschärftes Umweltbewußtsein muß zu konsequenter umweltfreundlichem Eigenverhalten im privaten Bereich, im Straßenverkehr, bei Sport, Freizeit oder Warenkonsum führen.

Dazu kann verbesserte Information über Beispiele und Vorschläge zu konkreten umweltfreundlichen Verhaltensweisen beitragen. Gerade hier bietet sich eine möglichst unterstützungswürdiger Aktionsmöglichkeiten nicht nur für öffentliche Körperschaften, insbesondere die Städte und Gemeinden, sondern auch für private Umweltinitiativen, z.B. in Umwelt- und Naturschutzverbänden.

■ AUSBILDUNGSPLÄTZE

Bisherige Aktivitäten erfolgreich – weitere Anstrengungen notwendig

Es ist ganz natürlich, daß in der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftspolitischen Lage, in der sich unser Land befindet, die Themen Arbeitslosigkeit, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik einen besonderen Schwerpunkt darstellen, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag (8. September). Viel ist dazu bereits gesagt worden. Ich will dazu ein paar kurze Bemerkungen machen und mich dann vor allem der Frage der Chancen der jungen Generation zuwenden.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor bedrückend. Niemand von uns hat etwas anderes gesagt. Daß die jüngsten Zahlen, gemessen an anderen, erfreulicher sind, bedeutet überhaupt nicht, daß damit das Problem gelöst wäre; auch das hat niemand anders gesagt.

Die Zahl von 2,2 Millionen Arbeitslosen ist bedrückend, weil sie nicht nur irgendeine statistische Zahl ist, sondern weil wir in die Gesichter der Betroffenen blicken müssen, in das Gesicht des Stahlkochers, des Bergarbeiters oder des Mannes irgendwo auf dem Bau. Das gleiche gilt vor allem auch für deren Familien.

Die Zahlen sind bekannt. Bekannt ist auch, daß diese Regierung mit dem klaren Ziel angetreten ist: Bekämpfung, Stopp und Abbau der Arbeitslosigkeit.

Ich bin etwas erstaunt über die Art und Weise, wie ausgerechnet Redner

der Opposition mit diesem Thema umgehen. Wenn ich sie draußen reden höre, dann muß ich in der Tat sagen: Man hat gelegentlich den Eindruck, ein Großteil von ihnen sei vor 13 Jahren aus der Bundesrepublik ausgewandert und kehre jetzt von einem fernen Archipel zurück, um die Lage hier zu beurteilen.

Ich habe in diesen Tagen im Wahlkampf in Bremen gesprochen. Ich habe in Bremen nicht dem dortigen Senat und dem dortigen Bürgermeister eine Rechnung für all das aufgemacht, was da in der Vergangenheit getan oder auch nicht getan worden ist. Ich finde, es gibt keinen großen Sinn jetzt Schuldzuweisungen etwa über Standortbestimmungen bei der Stahlindustrie, bei den Werften, in der Hochseefischerei in Bremen und bei anderen zu suchen. Uns geht es darum, daß wir diesem Land, dem kleinsten Bundesland, in dem sich sozusagen im Mikrokosmos die ganzen Probleme der Republik wiederfinden, helfen. Darin sehe ich meinen Auftrag und nicht darin, jetzt im Wahlkampf billige Parolen zu finden.

Wir müssen uns mit den vorhandenen Problemen auseinandersetzen, und genau dies tun wir. Das heißt, um es klar auszusprechen:

● Die Konsolidierung des Haushalts, die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, das ist nach unserer Überzeugung eine Grundvoraussetzung, um die dauerhafte Wiederbelebung der Wirtschaft zu erreichen. Wir haben unseren

Mitbürgern gesagt: Wir werden Opfer bringen müssen. Wir sind deswegen gewählt worden, weil wir vor der Wahl die Wahrheit gesagt haben.

Jetzt komme ich zu dem Thema, das ich für mit das wichtigste halte, das im Augenblick zur Diskussion steht: die Lage der jungen Generation im Blick auf Ausbildungsstellen. Sie wissen, daß der Stichtag für die Arbeitsamtstatistik über die Bewerberzahlen der 30. September ist. Sie wissen auch, daß die Auswertung dieser Zahlen in der Vergangenheit immer fünf bis sechs Wochen dauerte, daß also abschließende Zahlen erst Ende Oktober/Anfang November vorliegen. Dennoch ist es durchaus am Platze und auch richtig, daß wir über dieses Thema heute sprechen. Ich selbst will zu diesem Thema aus der gleichen Überzeugung sprechen, mit der ich für dieses Thema in diesen Wochen und Monaten auch gegenüber der Öffentlichkeit eingetreten bin.

● Ich halte es für eine der wichtigsten Fragen in unserer Gesellschaft, daß wir jungen Leuten die Chance geben, eine bestmögliche Ausbildung zu erfahren. Ich halte es für einen wichtigen Akt staatspolitischer Überzeugung, daß ein junger Mann, der die Schule verläßt, die Chance für seine Ausbildung erhält, wenn wir von dem gleichen jungen Mann drei Jahre später erwarten, daß er seinen Dienst in der Bundeswehr tut.

Er muß diese Republik als eine Gesellschaft, als eine Republik erfahren, die auch für sein persönliches Glück die notwendigen Tore öffnet. Das war der Sinn unserer Gespräche, unserer Anregungen, unseres Kampfes. Wenn einige von Ihnen — ich sage bewußt: einige, weil auch viele Kollegen aus der SPD — so wie wir — wirklich um jeden Platz gekämpft haben — in dem Punkt weniger Propaganda im Parteiischen gemacht und sich mehr um junge Leute gekümmert hätten, dann wäre

die Lage hinsichtlich der Ausbildungsstellen für junge Leute noch besser. Die Anzeichen und die jetzt vorliegenden Zahlen deuten darauf hin, daß unsere Aktivität — ich füge hinzu: Gott sei Dank — erfolgreich ist.

Der Ausbildungsmarkt ist auch nach dem Stichtag des 30. Septembers in Bewegung, nicht zuletzt deswegen, weil Lehrstellen neu angeboten werden, deren Inhaber die Stelle nicht angetreten oder die Ausbildung nach kurzer Zeit wieder abgebrochen haben. Ich habe darauf hingewiesen, daß die endgültigen Zahlen erst ab November/Dezember seriös beurteilt werden können. Aus diesen Gründen halte ich es für wichtig, daß wir die Zeit nutzen.

● nicht um Angst und Sorge unter jungen Leuten zu verbreiten, sondern um möglichst viele in Ausbildungsverhältnisse zu bringen. Zunächst ist festzustellen, daß die von der deutschen Wirtschaft in all ihren Bereichen zugesagte Zahl, das Angebot vom Januar dieses Jahres, insgesamt 685 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen zu wollen, realisiert ist. Die 30 000 Stellen mehr, die zugesagt wurden, sind da. Dafür sprechen alle bereits vorliegenden Meldungen.

Wenn der Ministerpräsident von Hessen hier eben den Kammern und den Verbänden besonders gedankt hat, kann ich mich dem nur gern anschließen. Ich finde, wir sollten rühmend erwähnen, daß auf dem Wege freier Vereinbarungen und ohne gesetzlichen Zwang so etwas möglich war. Es war möglich, daß Industrie und Handel einen Zuwachs von insgesamt 6 Prozent Ausbildungsstellen gegenüber dem Vorjahr melden, daß das Handwerk ein Plus von 5 Prozent, die Landwirtschaft ein Plus von 5 Prozent, der öffentliche Dienst ein Plus von 5 Prozent und die freien Berufe ein Plus von 3 Prozent erreichten. Das ergibt umgerechnet eine Steigerung der Ausbildungsplätze von

knapp über 35000 gegenüber dem Vorjahr. Diese Zahl stand im Januar dieses Jahres zur Debatte.

Meine Damen und Herren von der SPD, es hat doch keinen Sinn, mit Ihnen darüber zu sprechen, daß wir uns ernsthaft darum bemühen, wenn Sie sich nicht einmal den Satz anhören, der hier gesprochen wird. Sie können ihn ja bestreiten. Aber es ist doch nur vernünftig, das nachher zu tun und nicht zu versuchen, den Redner niederzuschreien, zumal es ja ziemlich sinnlos ist in diesem Saal, wie Sie wissen.

Bereits im Juli dieses Jahres waren mehr als 25000 Lehrstellen mehr an Jugendliche vermittelt als im Juli 1982. Der Ausbildungsmarkt ist in Bewegung geraten. Viele haben geholfen, auch viele Zeitungen, nicht nur eine. Dafür bin ich dankbar; das will ich deutlich sagen.

Diese Anstrengungen wurden im Laufe des Monats August noch intensiviert. Das zeigt weitere positive Wirkungen. Nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit waren im Juli 1983, also vor ein paar Wochen, 175000 Lehrstellenbewerber unverorgt. Im August betrug diese Zahl nach einer Veröffentlichung noch 96000. Das ist also in einem Monat eine gewaltige Verminderung.

● In keinem Jahr zuvor in den letzten Jahrzehnten konnte im Monat August eine so hohe Zahl von Lehrstellen vermittelt werden. Das heißt: es ist eine Bewußtseinsänderung in breiten Schichten der Bevölkerung, nicht zuletzt bei den Handwerksmeistern, in vielen Klein- und Mittelbetrieben, aber auch in den Großbetrieben bei der Unternehmensführung wie bei den Betriebsräten eingekehrt, daß dies eine zentrale Frage unserer Gesellschaft geworden ist.

Die Bundesanstalt für Arbeit weist gleichzeitig noch 27000 unbesetzte Lehrstellen aus. Wenn sich alle Beteiligten im September zu einer neuen großen Anstrengung

bereitfinden, vor allem, wenn dies noch in sehr viel größerem Umfang für junge Frauen und Mädchen getan wird, dann können wir wirklich das Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben, und zwar weit über die vorliegenden Zahlen vom Januar hinaus.

Es muß aber auch gesagt werden, daß zwei Voraussetzungen notwendig sind. Es müssen die nicht angetretenen Lehrstellen für andere Bewerber angeboten werden. Es darf keine Verunsicherung von jungen Leuten betrieben werden. Ich denke, wer sich um junge Leute bemüht, hat auch das Recht, jungen Leuten zu sagen, daß es eine völlig unverständliche Grundeinstellung ist, wenn man sich aus vielleicht verständlichen Gründen für mehrere Lehrstellen bewirbt, eine akzeptiert und die schon gegebene Unterschrift bei einem anderen Lehrherrn nicht zurückzieht, ihn nicht benachrichtigt und damit die Stelle nicht freimacht, für einen Kollegen aus dem gleichen Alter. Ich finde, dieser Mangel an Solidarität sollte als solcher auch gebrandmarkt werden. Wir wollen jungen Leuten, wenn wir ihnen helfen, auch sagen, daß auch ihre Beiträge zur Hilfe kommen müssen.

Wie immer man diese Zahlenentwicklung im einzelnen interpretieren mag, sie zeigen eines: Der Lehrstellenmarkt ist, wenn alle, die guten Willens sind, sich beteiligen, nicht statisch. Viele Betriebe haben sich inzwischen entschlossen, ihre ohnehin schon große Ausbildungsleistung in diesem Jahr noch einmal zu verstärken. Ich habe bereits davon gesprochen: Es waren große wie kleine. Deswegen freue ich mich, daß die gegebene Zusage der deutschen Wirtschaft vom Frühjahr eingelöst wurde. Wir alle, die wir uns bei diesem Thema besonders bemühen, sollten in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

Wir sollten auch noch einen anderen wichtigen Punkt mit in unsere Betrachtung einbeziehen, nämlich, daß sich diese Zahlen im Vergleich zu den Ausgangspositionen im vergangenen Januar auch deswegen verändert haben, weil im Bereich der akademischen Ausbildung eine erhebliche Bewegung dadurch in Gang gekommen ist, daß sich unter den sich verändernden Bedingungen für Hochschulabsolventen im Hinblick auf ihre Berufschancen viele junge Leute jetzt die Frage stellen, ob sie aus dem Bereich der akademischen Ausbildung ausscheiden, ob sie in das duale System gehen sollen, weil das für sie Zukunft verspricht.

Ich bin beispielsweise, so sehr uns das in der konkreten Situation die Sache erschwert, sehr damit zufrieden, daß sich ganz offensichtlich seit 1981 die Zahl der Lehramtskandidaten, insbesondere der weiblichen Lehramtskandidaten, ganz erheblich verringert hat. Manche Statistiken sprechen davon, daß sie sich halbiert habe.

Das erschwert zwar jetzt in der konkreten Lage die Versorgung mit Ausbildungsstellen im dualen System. Aber zum Nachdenken will ich Ihnen eine Zahl mit auf den Weg geben, die mich bewegt. Wir haben gegenwärtig in der Bundesrepublik in allen Schulgattungen rund 565 000 Lehrer. Die Gesamtzahl der eingeschriebenen Lehramtsstudenten und Kandidaten für alle Schultypen — die letzte Statistik, die vorliegt, bezieht sich auf das Wintersemester 1981/82 — beträgt 214 000.

● **Wer wirklich für junge Leute eintritt, wer sensibel für ihre Probleme ist, der muß doch sagen, daß sich in diesem Jahrzehnt im Bereich der Pädagogikstudenten — das gilt übrigens auch für andere Bereiche, z.B. für Juristen — eine totale Fehlentwicklung angebahnt hat und jetzt fortsetzt.**

Wenn solche jungen Männer und jungen Frauen jetzt aus dem Studium ausscheiden und eine Ausbildung im dualen System suchen, sollten wir alles tun, um sie zu ermutigen. Die Akademisierung der Berufswelt in der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren nicht mehr Glück über unser Land gebracht.

Ich will noch einmal an alle appellieren, die Verantwortung tragen — auch an die Eltern im Gespräch mit ihren eigenen Kindern —, daß junge Leute, die einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben und ihn dann, aus welchen Gründen auch immer, nicht antreten, unverzüglich von diesem Vertrag zurücktreten sollen. Wir wissen, daß das eine Zahl in der Größenordnung von 20 000 bis 30 000 ist.

Allein bei der Firma Hoechst AG haben in diesem Jahr 20 Prozent der Bewerber, die bereits eine feste Zusage hatten, ihren Vertrag wieder zurückgegeben. Und das sind erstklassige Ausbildungsplätze, die für den Zukunft verheißen, der diese Ausbildung auf sich nimmt. Deswegen ist es wichtig, daß jeder von uns im Rahmen seiner Möglichkeiten das Nötige tut, damit wir auch auf diesem Feld vorankommen.

Und ich appelliere an alle Ausbildungsbetriebe, trotz mancher negativer Erfahrungen, wie ich sie eben beschrieben habe, solche Lehrstellen nicht unbesetzt zu lassen, sondern anderen Jugendlichen ihre Chance für eine qualifizierte Berufsausbildung zu geben.

Ich appelliere noch einmal an die Eltern, die oft vorhandene, ja, von den Eltern sozusagen vorgelebte mangelnde Mobilität und Flexibilität vieler junger Leute zu bekämpfen, damit in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft, in denen es sehr wohl noch Ausbildungsplätze gibt, im Baugewerbe, Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe, die Ausbildungsstellen völlig in Anspruch genommen werden.

INFORMATION

Das Offenburger „Nein“ der SPD ist ein Schritt aus dem Bündnis

Als erster Landesverband der Sozialdemokraten hat die SPD Baden-Württemberg beschlossen, die geplante Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf jeden Fall abzulehnen. Der auf dem Parteitag in Offenburg einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedete Leitantrag geht über Beschlüsse anderer Landesverbände erheblich hinaus, denn die entscheidende Passage lautet: „Die SPD Baden-Württemberg lehnt die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen Pershing 2 und Cruise-Missiles auf deutschem Territorium ab. Sie wird sich deshalb einer Durchführung der Stationierung in der Bundesrepublik widersetzen.“

Vor der SPD Baden-Württemberg hatten bereits andere Landesverbände Anträge gegen die Nachrüstung verabschiedet. Sie waren allerdings nicht so weitreichend. So forderte die SPD in Schleswig-Holstein die Aufhebung des Nachrüstungsteils des NATO-Doppelbeschlusses und den Stopp der Stationierungsvorbereitungen. Die saarländische SPD lehnte den militärischen Teil des Doppelbeschlusses ab. Die Bremer SPD sprach sich gegen eine Stationierung eurostrategischer Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland aus.

Alfred Dregger warf den Sozialdemokraten auf der Sitzung der Bundestagsfraktion in Berlin vor, sich durch ihre Haltung zu den Genfer Verhandlungen und zum NATO-Doppelbeschuß aus der nationalen Verantwortung zu verabschieden. Die

SPD lasse in der Schlußphase der Genfer Verhandlungen den früheren Bundeskanzler Schmidt im Stich und gefährde damit den Erfolg dieser Verhandlungen. „Wer seine Sehnsüchte verabsolutiert, wer die Bedingungen der internationalen Politik ignoriert, der wird für die anderen unakzeptabel und auf diese Weise zu einem internationalen Sicherheitsrisiko.“

Das FDP-Präsidium forderte die Parteispitze der SPD auf, ihren künftigen Kurs in der Sicherheitspolitik deutlich zu machen. Der baden-württembergische FDP-Landesvorsitzende Jürgen Morlok hielt der SPD vor, sie habe den Weg von einer ehemaligen Regierungspartei hin zur reinen Protestpartei markiert.

Und das schreibt die Presse:

Ergebnis und Verlauf des baden-württembergischen Parteitages entsprechen der derzeitigen Stimmungslage in der SPD. Das klare Nein zur Nachrüstung macht deutlich, daß große Teile der Partei überhaupt nicht mehr auf ein Ende der Genfer Verhandlungen warten wollen.

General-Anzeiger, Bonn, 13. 9. 1983

Es ist ein ziemlich klägliches Bild, das die SPD bei ihren hilflosen Versuchen bietet, sich aus ihrer offenkundigen Mitverantwortung für den Nachrüstungsbeschuß durch Ausflüchte fortzustehlen. Mit der totalen Ablehnung des Beschlusses, so wird uns angekündigt, werden Epplers südwestliche Sozialdemokraten nicht allein bleiben, wenn demnächst andere Landesverbände der Partei tagen.

Die Welt, 13. 9. 1983

Und Schmidts Intimfeind Erhard Eppler meinte gar, beim Thema Nachrüstung werde die SPD nun keine Rücksicht mehr nehmen auf den früheren Bundeskanzler.

Stuttgarter Zeitung, 13. 9. 1983

Ein Jahr nach der Verratslegende Helmut Schmidts muß sich der frühere SPD-Kanzler, der Vater des Nachrüstungsge-

kens, fragen, wer in der SPD überhaupt je für ihn war.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 9. 1983

Helmut Kohl lobt IG Bergbau für besonnenes Verhalten

Bundeskanzler Kohl hat die Haltung der IG Bergbau in der gegenwärtigen Kohleabsatzkrise gewürdigt und ihr „verantwortungsbewußtes Verhalten“ vor der für Ende September nach Bonn einberufenen Kohlerunde gelobt. Nach einem dreistündigen Gespräch mit der CDU-Opposition im NRW-Landtag sagte der Kanzler vor der Landespressekonferenz: Die IG Bergbau und ihr Vorsitzender Schmidt hätten die vorzubereitenden Lösungen nicht mit der Forderung nach einer Besitzstandswahrung im weitesten Sinne belastet. Da es keine Garantien für künftige Förder- und Absatzmengen des deutschen Steinkohlebergbaus geben könne, sehe er Chancen für vernünftige Gespräche, um Lösungen für die Überproduktion des Ruhrkohle-Bergbaus zu finden.

Zum ersten Mal CDU-Oberbürgermeister in Heilbronn

Mit 51,9 Prozent der Stimmen ist Manfred Weinmann (CDU) zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn gewählt worden. Erstmals in der Geschichte der Stadt wird damit Heilbronn von einem christlich-demokratischen Oberbürgermeister geführt.

Hamburger Bürgerschaft lehnt „atomwaffenfreie Zone“ ab

Hamburgs Bürgerschaft hat Anträge der Grün-Alternativen Liste (GAL) und des linken Flügels der SPD-Fraktion, die Hansestadt zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären, abgelehnt. Während der entsprechende Antrag der GAL, der sich auch ge-

gen die Stationierung neuer US-Raketen wendet, von der CDU-Opposition und der SPD-Fraktion geschlossen abgewiesen wurde, zeigte sich bei dem Antrag des linken SPD-Flügels, der inhaltlich auf die GAL-Forderungen hinausläuft, daß die Hamburger Sozialdemokraten in dieser Frage gespalten sind.

Die Mehrheit der insgesamt 64 SPD-Abgeordneten, die im Parlament über die absolute Mehrheit verfügen, stimmte zusammen mit der CDU gegen den Antrag der Fraktionslinken, mehr als zwanzig Abgeordnete sowie die acht Mandatsträger der GAL stimmten dafür. Damit war auch dieser Antrag abgelehnt.

Neuer Vorsitzender im Wirtschaftsausschuß

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Abgeordneten Hermann Josef Unland zum Kandidaten für den Vorsitz des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag nominiert. Unland ist seit 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er wird Nachfolger von Lothar Haase (Kassel), der als Nachfolger von Albert Leicht das Amt des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes in Luxemburg antritt.

Neue Friedensbewegung

Die „Friedensbewegung“ bekommt eine mächtige Konkurrenz: Mit dem Slogan: „Alle reden vom Frieden — wir sichern ihn“ haben sich zwei Dutzend Organisationen und Gruppen mit zusammen rund 100.000 Mitgliedern in Baden-Württemberg im „Fellbacher Forum“ zusammenschlossen. Unter den 100.000 sind Reservisten, der Deutsche Bundeswehrverband, die Junge Union, der Stuttgarter Friedensbund und Frauen und Männer aus allen Parteien. Ihr Vorsatz: Aktiv „für Frieden und Freiheit“ eintreten.

■ ABRÜSTUNG

Erfolg oder Zwischenlösung in Genf hängen von der Sowjetunion ab

Die Genfer INF-Verhandlungen haben — über ihren sachlichen Anlaß hinaus — eine symbolische Bedeutung gewonnen: Ihr Ausgang wird, im positiven wie im negativen Sinne, die Ost-West-Beziehungen insgesamt auf Jahre hinaus prägen. In Genf entscheidet sich nicht nur, ob die Rüstungsspirale angehalten und der Abrüstung zum Durchbruch verholfen werden kann; dort fällt ebenso die Entscheidung, von welchen Prinzipien das Ost-West-Verhältnis künftig bestimmt wird.

Zum Beginn der entscheidenden Runde der Genfer INF-Verhandlungen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Volker Rühle, auf einer Pressekonferenz in Bonn: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich nachdrücklich für konstruktive Beziehungen zur Sowjetunion und zu unseren anderen Nachbarn im Osten ein, die auf Verständigung und Zusammenarbeit gerichtet sind. Auch aus diesem Grund halten wir ein konkretes Verhandlungsergebnis in Genf — selbst wenn es nur einen Zwischenschritt markieren sollte — für dringend notwendig, denn es wäre ein wichtiges Signal der Verständigungsbereitschaft.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Auffassung der Regierungen beider Verhandlungspartner, daß in Genf eine Verhandlungslösung noch in diesem Jahr möglich ist und appelliert an beide Seiten, dementsprechend erfolgsorientiert zu verhandeln, d. h. alle Anstrengungen auf eine faire Zwischenlösung zu konzen-

trieren, wenn die beiderseitige Null-Lösung nicht in einem Schritt erreichbar ist.

Alle Sachkenner sind sich darüber einig, daß die Genfer INF-Verhandlungen ein Stadium erreicht haben, das ein Verhandlungsergebnis möglich macht, sofern der politische Wille dafür vorhanden ist. Einem Verhandlungserfolg steht bisher allerdings noch entgegen, daß die USA und die UdSSR gegensätzliche politische Ziele in Genf verfolgen:

■ Die USA wollen — in enger Abstimmung mit den Bündnispartnern und im Interesse der militärischen Sicherheit wie politischen Handlungsfreiheit Westeuropas — das durch die SS-20-Aufrüstung gestörte eurostrategische Gleichgewicht wiederherstellen, und zwar auf einem deutlich niedrigeren Niveau der Rüstungen. Auf dieses Ziel richtet sich die vom gesamten NATO-Bündnis unterstützte beiderseitige Null-Lösung. Unter der Bedingung gleicher Rechte sind die USA aber auch zu jedem Kompromiß im Sinne einer Zwischenlösung bereit.

■ Die UdSSR möchte ihr einmal erreichtes nukleares Übergewicht in Europa behalten und das SS-20-Monopol als politisches Drohpotential gegenüber Westeuropa erhalten. Darüber hinaus ist es die Absicht der Sowjetunion, ein rein europäisches nukleares Kräfteverhältnis durchzusetzen — also unter Ausschluß der USA —, um damit eine sicherheitspolitische Abkoppelung Westeuropas von seinem wichtigsten und stärksten Verbündeten zu erreichen. Dahinter steht das hegemoniale Ziel der Sowjetunion, ihren Einfluß auf Westeuropa — unter Verdrängung der USA — zu verstärken.

Diese beiden politischen Zielsetzungen sind unvereinbar, weil sie sich gegenseitig ausschließen. Ein Erfolg der Genfer INF-Verhandlungen hängt daher letztlich nicht davon ab, daß eine passende Raketenformel gefunden wird, sondern davon, daß die Sowjetunion ihren hegemonialen Vormachtsanspruch gegenüber Westeuropa aufgibt.

Im Interesse der Klarheit und Berechenbarkeit ihrer Politik hält es die CDU/CSU für angebracht, vor Beginn der entscheidenden Verhandlungsrunde in Genf auf folgende Gesichtspunkte besonders hinzuweisen:

■ Die Sowjetunion steht jetzt vor der historischen Entscheidung, ob sie ihr Verhältnis zu Westeuropa auf militärische Einschüchterung und politischen Vormachtsanspruch oder auf die Anerkennung gleicher Sicherheit und politischer Gleichberechtigung gründen will. Der erste Weg führt zu einer politisch unproduktiven Verschärfung der Spannungen. Der zweite Weg hingegen eröffnet zukunftssträchtige Perspektiven für eine echte Entspannung und die Entwicklung guter Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen.

■ Die Sowjetunion muß einsehen, daß angesichts der festen Haltung des westlichen Bündnisses jeder Versuch zum Scheitern verurteilt ist, eine Machtverschiebung in Europa zugunsten der UdSSR zu erzwingen. Westeuropa wird weder zu einer sowjetischen Einflußzone noch läßt es sich von den USA abkoppeln.

■ Die Sowjetunion hat selbstverständlich Anspruch darauf, daß ihre Sicherheitsinteressen voll respektiert werden. Ebenso muß aber auch Westeuropa darauf bestehen, daß seine Sicherheitsinteressen gewahrt werden. Sowjetische Sicherheit um den Preis westeuropäischer Unsicherheit ist nicht akzeptabel. Die Sowjetunion muß vielmehr das Prinzip gleicher Sicherheit nicht nur im Verhältnis zu den USA, sondern auch im Verhältnis zu Westeuropa anerkennen.

■ Die Sowjetunion muß ihre Versicherung, daß sie ein Verhandlungsergebnis in Genf wünscht und auch für möglich hält, durch ihr tatsächliches Verhalten glaubhaft machen. Ein Übermaß an Propaganda und Drohgebärden anstelle seriöser Politik gefährdet die Berechenbarkeit sowjetischer Politik, weckt Zweifel am sowjetischen Verhandlungswillen und belastet die Beziehungen zu Westeuropa.

■ Die Sowjetunion hat es in der Hand, ihren Einigungswillen in Genf dadurch unter Beweis zu stellen, daß sie ihre Forderung auf Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearraketen fallen läßt und damit die Blockierung der Verhandlungen beendet. Die sowjetische Führung weiß sehr genau, daß diese Potentiale weder militärisch noch politisch in den INF-Rahmen gehören: Sie hat dies in ihrer Erklärung vom 7. Mai 1972 zum SALT-I-Vertrag deutlich gemacht und diese Auffassung noch im Sommer 1980 bestätigt. Im übrigen ist die Sowjetunion nicht gehindert, wegen dieser Waffen, die 2 Prozent ihres eigenen strategischen Gefechtskopfpotentials ausmachen, direkte Verhandlungen mit den betreffenden Staaten aufzunehmen.

■ Die Sowjetunion kann nicht darauf rechnen, ihr Monopol an Mittelstreckenraketen zu behalten: Ohne Einigung auf die beiderseitige Null-Lösung wird — auch für den Fall einer Zwischenlösung — in Westeuropa fristgerecht mit der Stationierung modernisierter amerikanischer Mittelstreckenwaffen begonnen. Teil dieser Modernisierung ist auch die Pershing II.

■ Die Sowjetunion muß wissen, daß sie eine Verschiebung der Stationierung unter keinen Umständen erreichen kann. Sofern sie zu einem fairen Verhandlungskompro- miß bereit sein sollte, müßte sie dies in Genf recht bald deutlich machen. Angebote „in letzter Minute“, die eine Verschiebung der Stationierung erfordern würden, müßten als Verzögerungstaktik gewertet und als Scheinangebote betrachtet werden.

CDU-FRAUENVEREINIGUNG

Für aktivere Familienpolitik und mehr Gleichberechtigung

„Die Welt von morgen braucht uns heute“. Unter diesem Motto führte die Frauenvereinigung der CDU am 10. und 11. September 1983 ihren 10. Bundesdelegiertentag in Mainz durch. Die bisherige Vorsitzende, MdB Helga Wex, die wegen Krankheit nicht anwesend sein konnte, wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Von 268 Delegierten stimmten 249 für Helga Wex, die sich inzwischen auf dem Weg der Besserung befindet. Auch die bisherigen Stellvertreterinnen, Ursula Benedix-Engler, Leni Fischer und Roswitha Verhülsdonk, wurden mit hoher Stimmzahl in ihren Ämtern bestätigt.

Mit ihrem Motto hatte sich die Frauenvereinigung einem hohen Anspruch gestellt. Sie will die schwierigen Zeiten nutzen, um Fehlentwicklungen zu korrigieren und für die Zukunft Weichen zu stellen für eine menschlichere und partnerschaftlichere Welt. Der Vorstand hatte dazu seine familienpolitischen Vorstellungen und Ziele in einem Positionspapier „Familienpolitik der 80er und 90er Jahre“ dem Delegiertentag zur Beschlußfassung vorgelegt. In diesem einstimmig angenommenen Papier fordern die CDU-Frauen auch eine Überprüfung der Kürzung des Mutterschaftsgeldes mit dem Ziel, wenigstens die Bezugsdauer von 4 Monaten zu erhalten. Begrüßt wurde dabei, daß es von 1987 an ein Mutterschaftsgeld für alle Mütter geben soll. Langfristig wird die Einführung eines Erziehungsgeldes für Müt-

ter oder Väter verlangt. Weiter werden die Anerkennung der Familientätigkeit als einer Erwerbstätigkeit gleichwertig gefordert, wobei die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung notwendig ist, bessere Chancen für Frauen in der Arbeitswelt und mehr Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine größere Flexibilisierung der Arbeitswelt. In weiteren Beschlüssen verlangt die Frauenvereinigung die Berufung einer parlamentarischen Staatssekretärin für Frauenfragen im Bundeskanzleramt sowie eine Änderung des Wahlrechts, das auch Frauen mehr Chancen eröffnen soll. Weitere Beschlüsse befassen sich insbesondere mit Frauenarbeitslosigkeit, Videokassetten und dem Jugendschutz sowie der europäischen Einigung.

Mit einer abschließenden Kundgebung in Zusammenarbeit mit dem CDU-Kreisverband Mainz/Bingen zu „Friedenspflicht und Verteidigungsbereitschaft“ schaltete sich die Frauenvereinigung in die Friedendiskussion ein. Der Redner, MdL Albrecht Martin, Präsident des rheinland-pfälzischen Landtages, erhielt für seine Ausführungen große Aufmerksamkeit und starken Beifall. Mehrere Beschlüsse befaßten sich mit dem Thema Frieden. So wurde ein Antrag über die Erziehung zum Frieden angenommen. Außerdem wurde eine Aktion „Deutschland — Heimat für unsere Freunde“ vereinbart, mit der die Frauenvereinigung die Verbundenheit mit den Truppen des westlichen Verteidigungsbündnisses und ihren Angehörigen bei uns deutlich machen will.

In drei Arbeitskreisen

1. Ökonomie und Ökologie
im Spannungsfeld
(Leitung Renate Hellwig)
 2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf
(Leitung Roswitha Verhülsdonk)
 3. Frauenchancen:
Mit den Medien und in den Medien
(Leitung: Dorothee Wilms,
Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft)
- wurden aktuelle und frauenpolitische Themen aufgearbeitet.

In ihrem Bericht zum Arbeitskreis 1 „Ökonomie und Ökologie im Spannungsfeld“ betonte Leni Fischer, daß „die CDU-Frauenvereinigung die Umweltpolitik u. a. deshalb als wichtig ansieht, weil auf diese Weise die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen geschützt werden. Schonung und Erhaltung der Umwelt sind für die CDU-Frauen auch Teil einer aktiven Familienpolitik“. Der Arbeitskreis sprach sich insbesondere für wirtschaftliche Anreize für die Industrie und private Verbraucher aus (z. B. in Form von Verschmutzungszertifikaten oder steuerlichen Anreizen) und betonte den Vorrang des Umweltschutzes im Interesse der Lebenschancen unserer Nachkommen vor materieller Wohlstandsmehrung.

Ursula Benedix-Engler als Berichterstatterin für den Arbeitskreis 2 „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ unterstrich, daß das Bewußtsein soweit fortgeschritten ist, daß diese Frage inzwischen als gleichermaßen relevant für Väter, Mütter und Kinder angesehen werde. Als Hauptforderungen hob sie hervor:

- ein wirksamerer Familienlastenausgleich
- eine flexibler strukturierte Arbeitswelt
- bessere Voraussetzungen dafür, daß sowohl der Vater als auch die Großeltern mehr am Familienleben teilnehmen können.

Für den Arbeitskreis 3 „Frauenchancen: Mit den Medien und in den Medien“ stellte die Berichterstatterin, Ingrid Roitzsch, drei Themenbereiche heraus:

- Gefahr oder Chancen der neuen Medien
- das Bild der Frau in den Medien
- Chancen durch die Medien für die Frau.

In seinem Grußtelegramm hatte der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, die wichtige Arbeit der Frauenvereinigung unterstrichen und ihre Themenstellung begrüßt.

Weder der Vorsitzende der CDU-Rheinland-Pfalz, Ministerpräsident Bernhard Vogel, noch der Generalsekretär der CDU, Bundesminister Heiner Geißler, ließen es sich nehmen, zu den Delegierten zu sprechen.

In seinem mehrfach von Beifall unterbrochenen Referat legte Heiner Geißler in einem 4-Punkte-Programm, das er als das magische Viereck bezeichnete, die jetzige und künftige Familien- und Sozialpolitik der Bundesregierung dar. Zum Mutterchaftsgeld sagte er, daß das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen sei, und er fügte hinzu, daß er nicht leichten Herzens der geplanten Kürzung zugestimmt habe. Zugleich wies der Generalsekretär und Bundesminister darauf hin, daß die Bundesregierung fest beschlossen habe, noch in dieser Legislaturperiode mit dem Zweiklassenrecht des gegenwärtigen Mutterschaftsgeldes aufzuhören und es auf alle auszudehnen.

Als „unverschämte Lüge“ bezeichnete er die von der IG Metall auf einem Flugblatt aufgestellte Behauptung, die Bundesregierung wolle Frauen nicht mehr mit 60 in Rente gehen lassen. Er wies darauf hin, daß diese Behauptung unmißverständlich zurückgewiesen worden sei und er forderte die IG Metall auf, von dieser unwahren Behauptung Abstand zu nehmen.

■ KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Heiner Geißler: Steigerung im Sommer ist ein Ausnahmefall

Die Wochenzeitung „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 4. September 1983 das folgende Interview mit Bundesminister Heiner Geißler (Auszüge):

Frage:
Im ersten Halbjahr 1983 ist die Zahl der Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rund 11 600 gestiegen. Wo liegen die Gründe für die doch eklatante Steigerung? (Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer im Juni 1982: 2930; im Juni 1983 waren es 16975 Anträge).

Heiner Geißler:
Die Wirklichkeit ist so, daß die Zahl der Verweigerer von Februar bis Mai im Verhältnis zum Vorjahr nicht zu-, sondern abgenommen hat. Lediglich im Juni und dann noch einmal im Juli ist eine höhere Zahl von Anträgen eingegangen, im Juni eine wesentlich höhere. Das hat einen klar erkennbaren Grund. Die Antragsteller, die ab 1. Juli ihren Antrag abgeben, werden, wenn ihre Anträge nicht bis zum 31. Dezember beschieden sind, nach dem neuen Recht behandelt. Das heißt, sie müssen 20 statt 16 Monate Zivildienst leisten. Es ist klar, daß viele Verweigerer diese Daten haben, noch vorher den Antrag zu stellen, um eben nur 16 Monate Zivildienst leisten zu müssen.

Frage:
Wie hoch ist gegenwärtig die Zahl der anerkannten Verweigerer, die einen Zivildienstplatz bekommen? Geht die Schere

jetzt, bei der höheren Zahl von Verweigerern, weiter auseinander?

Heiner Geißler:

Es gibt da keine Schere. Wer als Verweigerer anerkannt wird, der kann sofort einen Zivildienstplatz bekommen. Wir haben jetzt über 50 000 Plätze, von denen allerdings nur rund 34 000 besetzt sind. Wir haben genügend Plätze. Wir haben bisher ein unzureichendes Verfahren bei der Anerkennung der Verweigerer. Es hat dazu geführt, daß heute weit über 90 000 junge Leute einen Antrag gestellt, aber bisher keinen Bescheid bekommen haben.

Frage:

Was werden Sie tun, um diesen Überhang abzubauen?

Heiner Geißler:

Wir haben das Nötige schon getan. Wir haben das neue Gesetz verabschiedet und das Verfahren vereinfacht. Das heißt, wir haben die mündliche Gewissensprüfung für ungediente Wehrpflichtige beseitigt und dafür ein Verfahren nach Aktenlage eingeführt.

Frage:

Sie glauben, daß dadurch der Überhang in absehbarer Zeit verschwinden wird?

Heiner Geißler:

Dadurch können die Anträge rasch beschieden werden, in den allermeisten Fällen sofort mit Antragstellung.

Frage:

Und wann wird der Überhang tatsächlich abgebaut sein?

Heiner Geißler:

Im Jahre 1989.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

16. 9. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand
und Vorsitzendenkonferenz,
Dortmund
16. 9. LV Rheinland
Landesvorstand, Köln
- 16./17. 9. LV Rheinland
38. Parteitag, Köln
- 16./17. 9. LV Saar
Klausurtagung d. Landesvorstandes
und der Landtagsfraktion,
Orscholz
16. 9. LV Schleswig-Holstein
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Kiel
- 16./17. 9. KPV
Tagung des Arbeitskreises
„Große Städte“, Bremen
17. 9. MIT Baden-Württemberg
Landesmittelstandstag,
Baden-Baden
17. 9. Junge Union Niedersachsen
Niedersachsenratssitzung,
Hannover
17. 9. Junge Union
Baden-Württemberg
Kommunalpolitischer
Fachkongreß, Tübingen
17. 9. CDA Schleswig-Holstein
Landesausschuß, Rendsburg
17. 9. CDA Berlin
Landestagung, Berlin
19. 9. CDU Bund
Kreisvorsitzendenkonferenz,
Bonn, KAH
19. 9. CDU Bund
Landesgeschäftsführer-
konferenz, Bonn, KAH
21. 9. Frauenvereinigung Saar
Öffentl. Veranstaltung zum Thema:
„Arbeitsschutzbedingungen
für Frauen“, Saarbrücken
21. 9. Junge Union Saar
Forum zur Abrüstung und Rüstungs-
kontrolle mit Botschafter
Dr. Friedr. Ruth, Saarbrücken
23. 9. CDU Frankfurt
Römerberg-Festival, Frankfurt
25. 9. Bürgerschaftswahl Bremen
25. 9. Landtagswahl Hessen
26. 9. CDU Präsidium
Sitzung, Bonn
26. 9. CDU Bundesvorstand
Sitzung, Bonn
26. 9. Frauenvereinigung
Schleswig-Holstein
Hauptausschußsitzung, Kiel
26. 9. Frauenvereinigung
Schleswig-Holstein
Landesvorstandssitzung, Kiel
27. 9. CDU Bund
Streitgespräch
Dr. Heiner Geißler/
Dr. Franz Alt, Bonn, KAH

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-30. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann, 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD